Zeitschrift: Fachzeitschrift Heim
Herausgeber: Heimverband Schweiz
Band: 70 (1999)
Heft: 9

Artikel: Der neue Finanzausgleich : Schwungrad oder Bremsklotz?
Autor: Ritter, Erika
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-812954

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

DER NEUE FINANZAUSGLEICH: SCHWUNGRAD ODER BREMSKLOTZ?

Von Erika Ritter

Noch ist das Dauerthema KVG nicht vom Tisch und beschäftigt die Verantwortlichen, und schon meldet sich ein anderer Dauerbrenner mit nicht weniger Zündstoff für den Sozialbereich: der neue Finanzausgleich. Der NFA sei klar, gerecht und effizient, postuliert das Berner Finanzdepartement und bezeichnet die Vorlage als «Schwungrad für den Föderalismus». Auf der Gegenseite, vor allem im Sozialbereich, «löscht es fast ab», sind vor allem Ängste und Unsicherheiten auszumachen. Was gilt jetzt?

Der NFA befindet sich in der Vernehmlassungsphase. (Die Fachzeitschrift Heim hat sich in der Ausgabe Juli/August, Seite 436 ff., mit der Vorlage beschäftigt.) Jetzt gilt es und bietet sich die Möglichkeit, Einfluss zu nehmen auf das Geschehen in den nächsten Jahren. Aus diesem Grund hatte sich der Vorstand der Sektion Aargauer Kinder- und Jugend- und Behinderteneinrichtungen (VAKJB) entschlossen, das Thema «neuer Finanzausgleich» frühzeitig aufzugreifen und gleich mit einer Grossveranstaltung unter Einbezug der Öffentlichkeit in die Diskussion einzusteigen. Bereits am 15. Juni fand somit im Casino Bremgarten ein öffentlicher Vortrags- und Diskussionsabend statt unter dem Titel: «Der neue Finanzausgleich zwischen Bund und Kantonen, Schwerpunkte Sozialversicherungen und Sozialpolitik, Bildung.» Weit über 100 Personen folgten der Einladung und kamen in den «Genuss» einer umfassenden Einführung durch Mirjam Aebischer, Leiterin der Geschäftsstelle SVE, Schweiz. Fachverband für Sozial- und Heilpädagogik, Mitglied IG Sozialer Finanzausgleich sowie von Kurzreferaten und Diskussion von und mit Christine Egerszegi-Obrist, Nationalrätin, Zentralpräsidentin beim Heimverband Schweiz, Doris Leuthard, lic. iur., Fürsprecherin, Grossrätin; Agnes Weber, lic. phil I, Sozialwissenschafterin, Dozentin für Berufspädagogik, Nationalrätin sowie Dr. Ulrich Siegrist, Regierungsrat des Kantons Aargau. Das Podium stand unter der Leitung von Hans-Peter Widmer, Redaktor bei der Aargauer Zeitung. Die politische Couleur umfasste mit dieser hochkarätigen Auswahl von aktiven Politikerinnen und Politikern sämtliche Parteifarben von Parteien mit Regierungsverantwortung. Als sanftes Gegengewicht umrahmte Peter Dubler, Kallern, den Abend musikalisch auf dem Flügel und mahnte auch sanft aber eindringlich und unüberhörbar, wenn die Vortragsdauer der einzelnen Podiumsteilnehmer abgelaufen war.

Was hat der Sozialbereich vom NFA zu erwarten?

Mirjam Aebischer stellte das komplexe Geschäft vor und konzentrierte ihre Ausführungen auf den Sozialbereich. Wie stellt sich die Sozialgesetzgebung heute dar und wie nach der Reform? Mirjam Aebischer plädierte für ein gemeinsames Vorgehen und verwies einleitend auf die IG Sozialer Finanzausgleich, welche sich zur Wehr setzt gegen die Ziele und Vorgaben im NFA, für viele zu sehr als «verkappte Sparübung» getarnt. Aebischer bestätigte, dass die Rezession ein anderes Verhältnis zu den Finanzen gebracht habe, die Budgets kleiner geworden seien und eine Umverteilung nötig sei. Doch Sozialpolitik stelle sich heute für viele als ein notwendiges Übel dar. Doch wer davon direkt betroffen sei, sich in seiner täglichen Arbeit mit der Materie und vor allem mit den dahinter stehenden Menschen beschäftige, der politisiere und spreche auf einer andern Ebene, als wie dies in der trockenen Sprache der Finanzchefs geschehe. Die kurzfristig wirtschaftlichen Auswirkungen seien längerfristig anders gelagert, meinte Aebischer, bevor sie die einzelnen Änderungen einzeln vorstellte. Insgesamt beurteilte sie den NFA als sozialpolitischen Rückschritt mit zu vielen Unsicherheiten und einer zusätzlichen Belastung für Familien zum Beispiel mit einem behinderten Kind. «Die Qualität der Arbeit im Sozialbereich ist in Frage gestellt. Die Vorlage ist somit fragwürdig ineffizient und entspricht nicht dem Gleichbehandlungsanspruch. Auch die Sicherheit der Finanzierungen ist gefährdet.»

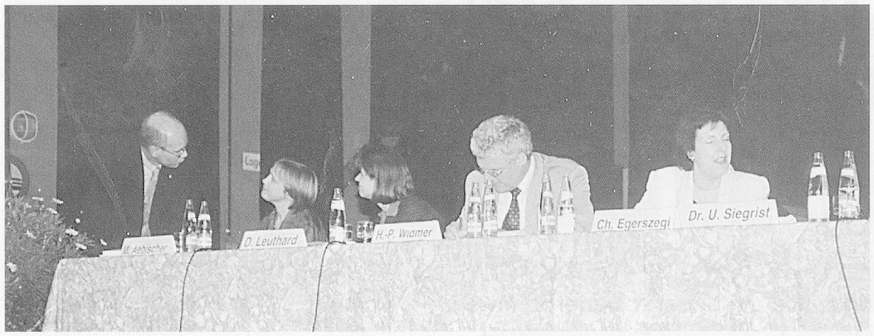
Mehr Klarheit ist gefordert

Die gewaltigen Geldströme, die durch den NFA umgeleitet würden, zeigten eine erschreckende Perspektive, meinte Christine Egerszegi-Obrist. Sie fragte sich, was denn nun eigentlich stimme und stellte fest, wie schwierig die Konstruktion NFA zu beurteilen sei. «Wer hergeben muss, der soll sich in der Vernehmlassung melden», appellierte sie an die Anwesenden und forderte vom Bund klare Aussagen, wohin der NFA denn nun eigentlich führe. «Es darf nicht sein, dass der eine auf Kosten des andern profitiert.» Sie forderte nochmals alle Sektionen im Heimverband Schweiz auf, sich zu melden und zur Vernehmlassung Stellung zu beziehen, damit die Praxis ihr Gewicht einbringen kann.

Die Kantonalpolitikerin Doris Leuthard begrüsste ihrerseits die neu geschaffenen Verantwortlichkeiten und betonte die Schwierigkeit der heutigen Arbeit. Der NFA bringe die Aufgabenerfüllung dort, wo die Projektpraxis den direkten Bezug aufweist. Gerade bei der AHV werde der Apparat vereinfacht. Doch auch sie meldete im Bereich der IV ihre Zweifel an und verlangte, nochmals zu überdenken, was bisher in der Vergangenheit als Aufgabe von den einzelnen Organisationen wie Spitex, Rotes Kreuz usw. gut gemeistert worden sei. Wenn kleinere Gruppierungen im Gegensatz zu den Grossen keine Unterstützung mehr erhielten, so sei dies auch aus ihrer Sicht ein Rückschritt.

Die Globalkredite und Leistungsverträge bezeichnete sie als «gutes» Mittel, meldete jedoch ihre Bedenken an, wenn es darum gehe, die Zusammenarbeit über die Kantonsgrenzen hinaus zu fördern, wie zum Beispiel bei den Fachhochschulen. Doch würden wiederum Eingliederungsprojekte nach einer interkantonalen Zusammenarbeit verlangen. Sie stellte fest, dass der NFA insgesamt

Mirjam Aebischer: Ist der NFA eine verkappte Sparübung?



Hochkarätiges Publikum in den verschiedensten Parteifarben. *Fotos Erika Ritter*

nicht zu einer Mehrbelastung führen darf, die letztlich der Steuerzahler zu berappen hat.

Agnes Weber fand den NFA eine bestechende Idee, beschränkte sich bei ihren Ausführungen jedoch auf die Bereiche Bildung/Sonderschulung. Ihrer Meinung nach sind bei den Sonderschulen noch hitzige Debatten um die Ansprüche der Kinder zu erwarten. Es dürfe kein Abbau in den Leistungen für Behinderte entstehen, erklärte sie. «Das ist nicht ein Wanderpokal, den keiner mehr will.»

Regierungsrat Dr. Ulrich Siegrist gab zu bedenken, dass noch lange nicht alles am Gesamtprojekt ausgefeilt sei. «Es gibt noch Vieles zu ändern.» Die jetzigen Finanzströme habe keiner mehr im Griff, keiner sei richtig verantwortlich für etwas «... ein Pulverfass!» meinte der Aargauer Finanzdirektor. Eine gestellte Verantwortung sei ja schön, solange jedes Jahr mehr Geld in der Kasse sei. Doch: «Wer die ganze Verantwortung trägt, der steigt auch weniger schnell aus einer Sache aus.» Heute würden sich in der Sozialpolitik die Bereiche aneinander reiben. Der Bund müsse handeln und mit grundlegenden Reformen neue Abschiebeaktionen verhindern. «Die Kantone müssen in die Verantwortung genommen werden, jede der drei Ebenen mit der Aufgabe, die ihr am besten liegt.» Er plädierte dafür, die Grundidee NFA, die nicht einfach am Reissbrett entstanden sei, nicht jetzt schon wegen Angst in Frage zu stellen, sondern die nötigen Reformen einzuleiten.

Doch: Besteht eigentlich Einigkeit, dass Verbesserungen und Veränderungen nötig sind, wollte nach einer kurzen Gesprächspause Podiumsleiter Hans-Peter Widmer von den fünf Polit-Aktiven auf der Bühne wissen.

Doppelspurigkeiten und zu viele Verflechtungen, steuerliche Unterschiede, mehr Transparenz und Klarheit, Mängel im heutigen Sozialsystem – darüber waren sich alle einig.

www.hilfsmittel-shop.ch
Rollatoren, Gehhilfen, Hilfen für Bad/WC, Nachtstühle, Rollstühle, Kissen und vieles mehr

Aber warum denn den Föderalismus fördern und nicht alles zentral steuern, wollte Widmer wissen. Man müsse die Förderung im Gesamtinteresse des Staates sehen, der noch andere Aufgaben zu bewältigen habe, als die heutige Ineffizienz der Sozialausgaben zu regeln. Nur so könne mit dem gleichen Franken mehr Leistung erbracht werden, eine Aussage, die von allen am Podium Beteiligten eigentlich nur begrüsst werden konnte, wenn da nicht der Unsicherheitsfaktor wäre.

Wird die Leistung wirklich noch erbracht, fragte sich Christine Egerszegi-Obrist. «Wie erhalten wir Sicherheit, zum Beispiel im Aargau bei den Drogenheimen? Woher nehmen wir das nötige Vertrauen, um zu glauben?»

Gerade weil die Kantone untereinander näher miteinander vertraut seien, würde die angestrebte Zusammenarbeit weniger zu «Streichkonzerten» führen, betonte Siegrist nochmals. Doch auch Mirjam Äbischer zeigte sich nicht beruhigt von dieser Überlegung und auch Doris Leuthard betonte, Kantone, Gemeinden und Institutionen müssten die Zusammenarbeit erst erlernen. Wenn eine Aufgabe zu nahe an den Bürger herangetragen werde, ob es da nicht zu sehr «menschele»? Die Instrumente seien zwar mit dem NFA gegeben, aber die Erfahrung fehle noch. Und wenn es nicht gelingt? Was dann? Wenn der Finanzausgleich zu Steuerlasten führt mit der Reaktion der Bürger: «Da machen wir nicht mehr mit?»

Insgesamt: Angst, Angst vor einer Steuerpolitik, die mehr beim Kanton liegt als beim Bund, Angst vor noch unklaren Rahmengesetzen, Angst vor einer Zweckentfremdung der Mittel, auch vor 26 Schulsystemen zum Beispiel. Kritik und Vorbehalte, fehlende Glaubwürdigkeit, die Frage nach wirklich zwingenden Eingriffen, Unsicherheit bei sogenannten Überkapazitäten. Man könne bei der Vorlage zum NFA doch nicht einfach bei den Heimen stehen bleiben, meinte Siegrist und forderte eine Gesamtschau der Probleme.

Christine Egerszegi-Obrist: «Wir müssen die Aussage ‚klarer, effizienter, gerechter' ernst nehmen und uns überlegen, welche Vorgaben durch den Bund nötig sind, damit die Leistungen und die Qualität der Leistungen in den Institutionen gewährleistet sind.»

Der NFA stelle eine grosse Aufgabe dar, erklärte abschliessend Sektionspräsident Manfred Breitschmid. «Der heutige Abend war nur eine von vielen noch nötigen Diskussionen.» Es gelte, das grosse vorhandene Potential an Missbrauch genau anzusehen, aber auch das Verbesserungspotential auf den Prüfstand zu legen.

Für die Zukunft ist wohl noch viel Überzeugungs- und Vertrauensarbeit nötig, um die Vorlage NFA nachvollziehbar zu machen. ■

EDK – Schweiz. Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren:

Neues Ausbildungskonzept im Sozialbereich

Die Kantone haben ein neues Ausbildungsmodell für den gesamten Sozial- und Fürsorgebereich beschlossen.

Im Einvernehmen mit den kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren hat die Erziehungsdirektorenkonferenz ein neues Modell für die Berufsausbildungen im Sozialbereich beschlossen. Damit werden diese Ausbildungen in der Schweiz erstmals einheitlich definiert und strukturiert. Das Modell legt fest, dass – entsprechend den Anforderungen der Berufswelt – Ausbildungen auf der Sekundarstufe II, an tertiären Fachschulen sowie an (Fach-)Hochschulen geführt werden sollen.

Den Beschlüssen sind wichtige Vorarbeiten einer Expertengruppe und eine breite Vernehmlassung bei den Kantonen und anderen Ausbildungsträgern vorausgegangen. In die Arbeiten waren auch Bundesstellen einbezogen, dies im Hinblick auf die erweiterte Kompetenz des Bundes in der Berufsbildung.

Zur Umsetzung des nun verabschiedeten Modells wird eine Reihe von Detailarbeiten nötig sein.